

Der Vorsitzende, Herr Pasaportis, stellte den Antrag der Internationalen Liste „Mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den Stadtrat“ vor. Er führte aus, dass derzeit **kein** Ausländer mit Migrationshintergrund im Stadtrat vertreten sei.

Migrantinnen und Migranten seien aber im gleichen Maße politisch interessiert wie die Mehrheitsbevölkerung, machten jedoch ihre Entscheidung, ob sie sich an den Wahlen beteiligen, in großem Umfang davon abhängig, dass eine aktive Integrationspolitik betrieben und Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt werden, die selbst über einen Migrationshintergrund verfügen. Daher seien die Parteien aufgefordert, dies zu berücksichtigen.

Herr Kammel stellte zunächst fest, dass lediglich EU-Bürger in den Stadtrat gewählt werden können und sah die Parteien auch als falschen Adressaten an. Nicht die Parteien, sondern die Personen mit Migrationshintergrund müssten angesprochen werden um sich aufstellen zu lassen. In seinem Ortsverband seien 3 Personen mit Migrationshintergrund aktiv tätig.

Frau Roitzheim betonte, bei der CDU seien alle herzlich willkommen und die Sprechstunde stehe jedem offen. Aber auch sie sei der Ansicht, dass das Interesse an einer politischen Mitwirkung von den Migrantinnen und Migranten selbst kommen müsse und fragte daher den Vorsitzenden, Herrn Pasaportis, welche Maßnahmen konkret in Angriff genommen werden sollen.

Herr Papsaportis bat zunächst darum, den Antrag der Internationalen Liste so zu verstehen, dass beide Seiten aufeinander zugehen sollten. Die Migrantinnen und Migranten sollten angesprochen werden, sich in den Parteien einzubringen und dort tätig zu werden. Dies sollte sowohl schriftlich als auch durch Mundpropaganda erfolgen.

Herr Wahisi teilte mit, dass seiner Meinung nach besonders die jüngeren Migrantinnen und Migranten nicht wissen, wie sie in eine Partei ihrer Wahl gelangen könnten; sie würden von den Parteien nicht nur nicht geworben, sondern vielmehr ignoriert.

Dies wiesen Frau Roitzheim und Herr Kammel jedoch entschieden zurück und erinnerten noch einmal an die für jedermann offene Sprechstunde der Parteien. Hier hätten nicht nur deutsche Jugendliche sondern auch Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit, ihr Interesse zu bekunden.

Frau Albrecht fragte den Vorsitzenden, ob es möglich sei, eine Veranstaltung des Ausländerbeirates durchzuführen, bei der die Vertreter der Parteien anwesend sein sollten und ob der Ausländerbeirat in der Lage sei, die jungen Leute zu animieren, an einer solchen Veranstaltung auch teilzunehmen.

Hierzu stellte Herr Fachat fest, dass insbesondere bei den arbeitslosen Jugendlichen eine absolute Politikverdrossenheit herrsche und es sehr schwer sei, bei diesen ein entsprechendes Interesse zu wecken. Hier herrsche die Einstellung vor: „Die Politik tut nichts für mich, also tue ich nichts für die Politik“.

Auf die Frage von Herrn Parpart, ob neben den im Rat vertretenen Parteien auch neu kandidierende Parteien diese Resolution erhalten sollen antwortete Herr Pasaportis, dass die Resolution auch an diese gerichtet sei.

Ergänzend erfolgte seitens der Verwaltung der Hinweis, dass seitens der im Rat vertretenen Parteien eine Nominierung der Kommunalwahlkandidaten für das Jahr 2009 weitgehend abgeschlossen ist und die gefasste Resolution insofern für die Kommunalwahl im Jahr 2009 voraussichtlich nicht mehr berücksichtigt werden kann.

Nach der Diskussion fasste der Vorsitzende noch einmal zusammen und bat den Ausländerbeirat über folgende, geänderte Resolution abzustimmen: